

# Bericht der Zentralen Verbindungsstelle gem. § 3 Abs. 2 EG-Verbraucherschutz- durchsetzungsgesetz (VSchDG) Bericht für das Jahr 2012

## 2.1 Allgemeines

Nach § 3 Abs. 2 VSchDG berichtet die Zentrale Verbindungsstelle den für den Verbraucherschutz zuständigen obersten Landesbehörden jährlich umfassend und in anonymisierter Form über die im Zusammenhang mit dem VSchDG empfangenen und weitergeleiteten Ersuchen um Amtshilfe und Informationsaustausch. Der vorliegende sechste Bericht reflektiert die durch das Bundesamt für Verbraucherschutz und Lebensmittelsicherheit (BVL) als Zentrale Verbindungsstelle vorgenommenen Übermittlungen im Jahr 2012.

In den Berichten für 2007 und 2008 wurde die dem BVL durch das VSchDG zugewiesene Doppelfunktion jeweils ausführlich dargestellt und bereits darauf hingewiesen, dass das BVL als Zentrale Verbindungsstelle nicht über die gleiche Quantität und Qualität an Informationen verfügt wie als zuständige Behörde über diejenigen Amtshilfeersuchen, die es in eigener Zuständigkeit bearbeitet. Die für die Abstellung innergemeinschaftlicher Verstöße notwendigen und teilweise vertraulich zu behandelnden Informationen stehen nach der Verordnung (EG) Nr. 2006/2004 nur den zuständigen Behörden selbst zur Verfügung. Der Informationsaustausch ohne Ersuchen (sog. Warnmeldungen) nach Artikel 7 der Verordnung (EG) Nr. 2006/2004 erfolgt im Übrigen ohne Beteiligung der Zentralen Verbindungsstelle stets unmittelbar zwischen den betroffenen zuständigen Behörden.

Die Verordnung (EG) Nr. 2006/2004 über die Zusammenarbeit im Verbraucherschutz wurde in ihrem Anhang durch die Verordnung (EU) Nr. 1177/2010 über die Fahrgastrechte im See- und Binnenschiffsverkehr mit Wirkung zum 18. Dezember 2012 um die Nr. 18 ergänzt.

In Folge der Erweiterung des Anwendungsbereiches der Verordnung (EG) Nr. 2006/2004 um Nr. 18 des Anhangs wurde das VSchDG durch das Gesetz zur Durchführung der Verordnung (EU) Nr. 1177/2010 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 24. November 2010 über die Fahrgastrechte im See- und Binnenschiffsverkehr sowie zur Änderung des Luftverkehrsgesetzes vom

5. Dezember 2012 (BGBl. I S. 2454) ergänzt und das Eisenbahn-Bundesamt gem. § 2 Nr. 5 VSchDG als zuständige Behörde benannt.

Wie bereits im Vorjahresbericht mitgeteilt, muss die Europäische Kommission gemäß Artikel 21a Verordnung (EG) Nr. 2006/2004 die Wirksamkeit und die operativen Mechanismen der Verordnung bewerten. Auf der Grundlage einer externen Bewertung und Konsultationen mit allen maßgeblichen Akteuren muss sie dem Europäischen Parlament und dem Rat bis zum 31. Dezember 2014 einen entsprechenden Bericht vorlegen, der auch die mögliche Aufnahme weiterer Rechtsvorschriften zum Schutz von Verbraucherinteressen eingehend prüfen soll.

Im Rahmen dieses Konsultationsprozesses beauftragte die Europäische Kommission einen Berater, eine externe Evaluierung der Verordnung (EG) Nr. 2006/2004 durchzuführen. Der Auftragnehmer ist in der ersten Hälfte des Jahres an alle zuständigen Behörden in Deutschland, das BVL als zentrale Verbindungsstelle sowie den Verbraucherzentrale Bundesverband e.V. (vzbv) und die Zentrale zur Bekämpfung unlauteren Wettbewerbs e.V. (Wettbewerbszentrale) mit Fragen zur Anwendung der Verordnung (EG) Nr. 2006/2004 herangetreten. Ein Abschlussbericht wird in der ersten Hälfte 2013 erwartet.

## 2.2 Besondere Erläuterungen für das Jahr 2012

### 2.2.1 Überblick

Die unter Abschn. 2.3 folgende Übersicht der übermittelten Ersuchen zeigt, dass das BVL in 38 von 46 ein- und ausgehenden Amtshilfeersuchen als zuständige Behörde involviert war. Es wurden vom BVL als Zentrale Verbindungsstelle fünf ausgehende Amtshilfeersuchen der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) als der gemäß § 2 Nr. 2 VSchDG zuständigen Behörde weitergeleitet. Ferner wurden vom BVL drei ausgehende Amtshilfeersuchen der gemäß § 2 Nr. 6 VSchDG für Artikel 86–100 der Richtlinie 2001/83/EG und die zu deren

Umsetzung erlassenen Rechtsvorschriften zuständigen Landesbehörde in Berlin weitergeleitet.

Zwei eingehende Durchsetzungsersuchen, die einen Verstoß gegen mehrere europäische Rechtsgrundlagen zum Gegenstand hatten, wurde sowohl an das BVL als zuständige Behörde für die Richtlinie 2005/29/EG als auch an den Bayerischen Rundfunk und die Bayerische Landeszentrale für Neue Medien als zuständige Einrichtungen für die Richtlinie 2010/13/EU (bzw. für die Vorgängerrichtlinie 89/552/EWG) sowie an das Ministerium für Wirtschaft, Arbeit, Verkehr und Technologie des Landes Schleswig-Holstein als zuständige Behörde für die Richtlinie 98/6/EG weitergeleitet.

Ein Ersuchen wurde vom Bayerischen Rundfunk wieder an das BVL als Zentrale Verbindungsstelle zurückgegeben, nachdem der Bayerische Rundfunk seine Unzuständigkeit für den gerügten Verstoß erklärt hat.

Wie bereits im Jahresbericht 2009 näher erläutert, können seit einer Funktionserweiterung des CPCS (Consumer Protection Cooperation System) im Jahre 2009 zu einem Amtshilfeersuchen mehrere Rechtsgrundlagen angegeben werden, wodurch sich für ein Amtshilfeersuchen die Zuständigkeit mehrerer Behörden ergeben kann.

### 2.2.2 CPCS-Datenbank

Um die aktive Anwendung des CPCS (Consumer Protection Cooperation System) durch alle zuständigen Behörden in Deutschland zu fördern, hat das BVL in seiner Funktion als Zentrale Verbindungsstelle auch in diesem Berichtsjahr für alle interessierten Ansprechpartner der zuständigen Bundes- und Landesbehörden eine Schulung in der Nutzung des CPCS durchgeführt.

### 2.2.3 Urteile und Klagen zur Rechtsdurchsetzung

Bei der Zentralen Verbindungsstelle sind folgende Informationen vorhanden, die Urteile und Klagen zur Rechtsdurchsetzung betreffen:

In Amtshilfeersuchen aus dem Jahr 2012 konnten, soweit sich die angenommenen Verstöße bestätigt hatten und keine Ablehnungsgründe für die Ersuchen bestanden, die Verstöße außergerichtlich abgestellt werden bzw. dauern die außergerichtlichen Verfahren noch an.

## 2.3 Übersicht über die im Zusammenhang mit dem VSchDG als Zentrale Verbindungsstelle weitergeleiteten Ersuchen um Amtshilfe und Informationsaustausch

### 2.3.1 Gesamtübersicht

Tab. 2.1 Gesamtübersicht

Übermittelte Ersuchen	Anzahl
Eingegangene Informationsersuchen	14
Ausgegangene Informationsersuchen	5
Eingegangene Durchsetzungsersuchen	12
Ausgegangene Durchsetzungsersuchen	15

### 2.3.2 Informationsaustausch auf Ersuchen: Artikel 6 der Verordnung (EG) Nr. 2006/2004

#### a) Eingegangene Informationsersuchen

**Tab. 2.2** Gesamtübersicht

Gesamtzahl
14

**Tab. 2.3** Übersicht über die im Jahr 2012 eingegangenen Informationsersuchen

Ersuchender Mitgliedstaat	Verstoß gegen europäische Norm	Werbemethode	Vertriebsweg	Produkt/Dienstleistung	Weitergeleitet an
Italien	RL 2005/29/EG	Post	Post	Gewinnspiel	BVL
Italien	RL 2005/29/EG	Internet/Telefon	Internet/Telefon	Gewinnspiel	BVL
Niederlande	RL 2005/29/EG	Von Angesicht zu Angesicht	Verkauf außerhalb von Geschäftsräumen	Verkaufsveranstaltung	BVL
Niederlande	RL 2005/29/EG	Von Angesicht zu Angesicht/Katalog	Verkauf außerhalb von Geschäftsräumen	Verkaufsveranstaltung	BVL
Belgien	RL 2000/31/EG RL 2005/29/EG	Internet/Telefon	Internet/Telefon	Gewinnspiel	BVL
Slowenien	RL 2005/29/EG	Von Angesicht zu Angesicht	Von Angesicht zu Angesicht	Mitgliedschaft	BVL
Belgien	RL 2000/31/EG	Internet	Internet	Bekleidung	BVL
Ungarn	RL 2005/29/EG	Internet	Geschäft	Arzneimittel	BVL
Frankreich	RL 97/7/EG RL 2005/29/EG	Internet	Internet	Bekleidung	BVL
Ungarn	RL 2005/29/EG	Internet	Internet	Mittel zur Gewichtsreduktion	BVL
Italien	RL 2005/29/EG	Post	Fax	Branchenbucheintrag	BVL
Norwegen	RL 2002/58/EG	Internet	Internet	Gewinnspiel	BVL
Estland	RL 2005/29/EG	Von Angesicht zu Angesicht	Von Angesicht zu Angesicht	Schneeballsystem	BVL
Polen	RL 2005/29/EG	Unbekannt	Unbekannt	Schneeballsystem	BVL

**Tab. 2.4** Übersicht nach ersuchendem Mitgliedstaat

Ersuchender Mitgliedstaat	Anzahl
Italien	3
Belgien	2
Niederlande	2
Ungarn	2
Estland	1
Frankreich	1
Norwegen	1
Polen	1
Slowenien	1

**Tab. 2.5** Übersicht nach europäischer Norm, gegen die (mutmaßlich) verstoßen wurde

Verstoß gegen europäische Norm	Anzahl*
Richtlinie 2005/29/EG über unlautere Geschäftspraktiken	12
Richtlinie 2000/31/EG über den elektronischen Geschäftsverkehr	2
Richtlinie 97/7/EG über Vertragsabschlüsse im Fernabsatz	1
Richtlinie 2002/58/EG über die Verarbeitung personenbezogener Daten und den Schutz der Privatsphäre in der elektronischen Kommunikation	1

\* Die Gesamtanzahl übersteigt die der Ersuchen, da Mehrfachnennungen möglich sind.

**Tab. 2.6** Übersicht nach Werbemethode

Werbemethode	Anzahl*
Internet	7
Von Angesicht zu Angesicht	4
Post	2
Telefon	2
Unbekannt	1
Katalog	1

\* Die Gesamtanzahl übersteigt die der Ersuchen, da Mehrfachnennungen möglich sind.

**Tab. 2.8** Übersicht nach Produkt/Dienstleistung

Produkt/Dienstleistung	Anzahl
Gewinnspiel	4
Verkaufsveranstaltung	2
Bekleidung	2
Schneeballsystem	2
Adressbucheintrag	1
Arzneimittel	1
Mitgliedschaft	1
Mittel zur Gewichtsreduktion	1

**Tab. 2.7** Übersicht nach Vertriebsweg

Vertriebsweg	Anzahl*
Internet	6
Verkauf außerhalb von Geschäftsräumen	2
Von Angesicht zu Angesicht	2
Telefon	2
Fax	1
Geschäft	1
Post	1
Unbekannt	1

\* Die Gesamtanzahl übersteigt die der Ersuchen, da Mehrfachnennungen möglich sind.

**Tab. 2.9** Übersicht nach Behörde, an die Ersuchen weitergeleitet wurden

Weitergeleitet an	Anzahl
BVL	14

## b) Ausgegangene Informationsersuchen

**Tab. 2.10** Gesamtübersicht

Gesamtzahl
5

**Tab. 2.11** Übersicht über die im Jahr 2012 ausgegangenen Informationsersuchen

Ersucher Mitgliedstaat	Verstoß gegen europäische Norm	Werbemethode	Vertriebsweg	Produkt/Dienstleistung	Ersuchende Behörde
Dänemark	RL 2005/29/EG RL 2002/58/EG	Fax	Unbekannt	Fax-Werbung	BVL
Estland	RL 2005/29/EG	Internet	Internet	Finanzdienstleistungen	BaFin
Niederlande	RL 2005/29/EG RL 2002/58/EG	Fax	Unbekannt	Fax-Werbung	BVL
Frankreich	RL 2000/31/EG	Internet	Internet	Parfüm	BVL
Vereinigtes Königreich	RL 2000/31/EG	Internet	Internet	Nahrungsergänzungsmittel/Cremes	BVL

**Tab. 2.12** Übersicht nach ersuchtem Mitgliedstaat

Ersuchter Mitgliedstaat	Anzahl
Dänemark	1
Estland	1
Niederlande	1
Frankreich	1
Vereinigtes Königreich	1

**Tab. 2.13** Übersicht nach europäischer Norm, gegen die (mutmaßlich) verstoßen wurde

Verstoß gegen europäische Norm	Anzahl*
Richtlinie 2005/29/EG über unlautere Geschäftspraktiken	3
Richtlinie 2002/58/EG über die Verarbeitung personenbezogener Daten und den Schutz der Privatsphäre in der elektronischen Kommunikation	2
Richtlinie 2000/31/EG über den elektronischen Geschäftsverkehr	2

\* Die Gesamtanzahl übersteigt die der Ersuchen, da Mehrfachnennungen möglich sind.

**Tab. 2.14** Übersicht nach Werbemethode

Werbemethode	Anzahl
Internet	3
Fax	2

**Tab. 2.15** Übersicht nach Vertriebsweg

Vertriebsweg	Anzahl
Internet	3
Unbekannt	2

**Tab. 2.16** Übersicht nach Produkt/Dienstleistung

Produkt/Dienstleistung	Anzahl
Fax-Werbung	2
Finanzdienstleistungen	1
Parfüm	1
Nahrungsergänzungsmittel/Cremes	1

**Tab. 2.17** Übersicht nach Behörde, von der Ersuchen weitergeleitet wurden

Weitergeleitet von	Anzahl
BVL	4
BaFin	1

### 2.3.3 Durchsetzungsersuchen: Artikel 8 der Verordnung (EG) Nr. 2006/2004

#### a) Eingegangene Durchsetzungsersuchen

**Tab. 2.18** Gesamtübersicht

Gesamtzahl
12

**Tab. 2.19** Übersicht über die im Jahr 2012 eingegangenen Durchsetzungsersuchen

Ersuchender Mitgliedstaat	Verstoß gegen europäische Norm	Werbemethode	Vertriebsweg	Produkt/Dienstleistung	Weitergeleitet an
Spanien	RL 2005/29/EG	Internet	Internet	Flugtickets	BVL
Schweden	RL 2005/29/EG	Internet	Internet	Gewinnspiel	BVL
Dänemark	RL 2005/29/EG	Internet	Internet	Partnervermittlung	BVL
Niederlande	RL 2005/29/EG	Von Angesicht zu Angesicht	Von Angesicht zu Angesicht	Verkaufsveranstaltung	BVL
Tschechien	RL 2005/29/EG	Internet	Internet	Partnervermittlung	BVL
Österreich	RL 93/13/EWG	Internet	Internet	Online-Spiele	BVL
Österreich	RL 93/13/EWG	Internet	Internet	Online-Spiele	BVL
Tschechien	RL 2005/29/EG	Internet	Internet	Pauschalreise	BVL
Slowakei	RL 2005/29/EG	Post	Post	Branchenbucheintrag	BVL
Belgien	RL 97/7/EG RL 2000/31/EG RL 2005/29/EG	Internet	Internet	Online-Spiele	BVL
Spanien	RL 89/552/EWG* RL 2005/29/EG	Internet/ Fernsehen	Internet/ Teleshopping	Mittel zur Gewichtsreduktion	Bayerischer Rundfunk/Bayerische Landeszentrale für Neue Medien/BVL
Schweden	RL 98/6/EG RL 2005/29/EG	Internet	Internet	Alkoholische Getränke	Ministerium für Wirtschaft, Arbeit, Verkehr und Technologie des Landes Schleswig-Holstein/BVL

\* Aus technischen Gründen wurde der Fall im CPCS mit der Richtlinie 89/552/EWG als Rechtsgrundlage geführt, anstatt mit der Richtlinie 2010/13/EU.

**Tab. 2.20** Übersicht nach ersuchendem Mitgliedstaat

Ersuchender Mitgliedstaat	Anzahl
Spanien	2
Schweden	2
Österreich	2
Tschechien	2
Belgien	1
Dänemark	1
Niederlande	1
Slowakei	1

**Tab. 2.21** Übersicht nach europäischer Norm, gegen die (mutmaßlich) verstoßen wurde

Verstoß gegen europäische Norm	Anzahl*
Richtlinie 2005/29/EG über unlautere Geschäftspraktiken	10
Richtlinie 93/13/EWG über missbräuchliche Klauseln in Verbraucherverträgen	2
Richtlinie 97/7/EG über Vertragsabschlüsse im Fernabsatz	1
Richtlinie 2000/31/EG über den elektronischen Geschäftsverkehr	1
Richtlinie 89/552/EWG über die Ausübung der Fernsehaktivität <sup>#</sup>	1
Richtlinie 98/6/EG über Preisangaben	1

\* Die Gesamtanzahl übersteigt die der Ersuchen, da Mehrfachnennungen möglich sind.

<sup>#</sup> Aus technischen Gründen wurde der Fall im CPCS mit der Richtlinie 89/552/EWG als Rechtsgrundlage geführt anstatt mit der Richtlinie 2010/13/EU.

**Tab. 2.22** Übersicht nach Werbemethode

Werbemethode	Anzahl*
Internet	10
Fernsehen	1
Post	1
Von Angesicht zu Angesicht	1

\* Die Gesamtanzahl übersteigt die der Ersuchen, da Mehrfachnennungen möglich sind.

**Tab. 2.23** Übersicht nach Vertriebsweg

Vertriebsweg	Anzahl*
Internet	10
Post	1
Teleshopping	1
Von Angesicht zu Angesicht	1

\* Die Gesamtanzahl übersteigt die der Ersuchen, da Mehrfachnennungen möglich sind.

**Tab. 2.24** Übersicht nach Produkt/Dienstleistung

Produkt/Dienstleistung	Anzahl
Online-Spiele	3
Partnervermittlung	2
Flugtickets	1
Gewinnspiel	1
Verkaufsveranstaltung	1
Pauschalreise	1
Branchenbucheintrag	1
Mittel zur Gewichtsreduktion	1
Alkoholische Getränke	1

**Tab. 2.25** Übersicht nach Behörde, an die Ersuchen weitergeleitet wurden

Weitergeleitet an	Anzahl*
BVL	12
Bayerischer Rundfunk	1
Bayerische Landeszentrale für Neue Medien	1
Ministerium für Wirtschaft, Arbeit, Verkehr und Technologie des Landes Schleswig-Holstein	1

\* Die Gesamtanzahl übersteigt die der Ersuchen, da mehrere zuständige Behörden möglich sind.

## b) Ausgegangene Durchsetzungsersuchen

Tab. 2.26 Gesamtübersicht

Gesamtzahl
15

Tab. 2.27 Übersicht über die im Jahr 2012 ausgegangenen Durchsetzungsersuchen

Ersucher Mitgliedstaat	Verstoß gegen europäische Norm	Werbemethode	Vertriebsweg	Produkt/Dienstleistung	Ersuchende Behörde
Schweden	RL 2000/31/EG	Internet	Internet	Kontaktlinsen	BVL
Niederlande	RL 2005/29/EG	Internet	Internet	Tickets für Sport- und Kulturveranstaltungen	BVL
Frankreich	RL 2005/29/EG RL 2002/58/EG	E-Mail	Internet	E-Mail-Werbung	BVL
Österreich	RL 2008/48/EG	Internet	Internet	Verbraucherkredit	BaFin
Italien	RL 2008/48/EG	Internet	Internet	Verbraucherkredit	BaFin
Niederlande	RL 2008/48/EG	Internet	Internet	Verbraucherkredit	BaFin
Vereinigtes Königreich	RL 2000/31/EG RL 2005/29/EG	Internet	Internet	Verbraucherkredit	BaFin
Vereinigtes Königreich	RL 2005/29/EG	Internet	Internet	Lotterie	BVL
Lettland	RL 93/13/EWG RL 2000/31/EG	Internet	Internet	Online-Spiele	BVL
Spanien	RL 2001/83/EG	Internet	Internet	E-Zigaretten	Landesamt für Gesundheit und Soziales Berlin
Spanien	RL 2001/83/EG	Internet	Internet	E-Zigaretten	Landesamt für Gesundheit und Soziales Berlin
Spanien	RL 2001/83/EG	Internet	Internet	E-Zigaretten	Landesamt für Gesundheit und Soziales Berlin
Luxemburg	RL 93/13/EWG	Internet	Internet	Spiele/Software	BVL
Luxemburg	RL 93/13/EWG RL 2000/31/EG	Internet	Internet	Online-Spiele	BVL
Luxemburg	RL 93/13/EWG RL 2000/31/EG	Internet	Internet	Musik	BVL

Tab. 2.28 Übersicht nach ersuchtem Mitgliedstaat

Ersucher Mitgliedstaat	Anzahl
Luxemburg	3
Spanien	3
Niederlande	2
Vereinigtes Königreich	2
Frankreich	1
Italien	1
Lettland	1
Österreich	1
Schweden	1



**Tab. 2.29** Übersicht nach europäischer Norm, gegen die (mutmaßlich) verstoßen wurde

Verstoß gegen europäische Norm	Anzahl*
Richtlinie 2000/31/EG über den elektronischen Geschäftsverkehr	5
Richtlinie 93/13/EWG über missbräuchliche Klauseln in Verbraucherverträgen	4
Richtlinie 2005/29/EG über unlautere Geschäftspraktiken	4
Richtlinie 2001/83/EG zur Schaffung eines Gemeinschaftskodexes für Humanarzneimittel	3
Richtlinie 2008/48/EG über Verbraucherkreditverträge	3
Richtlinie 2002/58/EG über die Verarbeitung personenbezogener Daten und den Schutz der Privatsphäre in der elektronischen Kommunikation	1

\* Die Gesamtanzahl übersteigt die der Ersuchen, da Mehrfachnennungen möglich sind.

**Tab. 2.30** Übersicht nach Werbemethode

Werbemethode	Anzahl
Internet	14
E-Mail	1

**Tab. 2.31** Übersicht nach Vertriebsweg

Vertriebsweg	Anzahl
Internet	15

**Tab. 2.32** Übersicht nach Produkt/Dienstleistung

Produkt/Dienstleistung	Anzahl
Verbraucherkredit	4
E-Zigaretten	3
Kontaktlinsen	1
Tickets für Sport- und Kulturveranstaltungen	1
E-Mail-Werbung	1
Lotterie	1
Online-Spiele	1
Spiele/Software	1
Online-Spiele	1
Musik	1

**Tab. 2.33** Übersicht nach Behörde, von der Ersuchen weitergeleitet wurden

Weitergeleitet von	Anzahl
BVL	8
BaFin	4
Landesamt für Gesundheit und Soziales Berlin	3

Berichte zum Wirtschaftlichen Verbraucherschutz  
2011/2012

Bericht der Zentralen Verbindungsstelle 2011. Bericht  
der Zentralen Verbindungsstelle 2012. Bericht über die  
Zusammenarbeit im Verbraucherschutz 2011/2012

Dombrowski, S. (Hrsg.)

2013, VI, 26 S., Softcover

ISBN: 978-3-0348-0690-9